

Freitag, 8. Mai 2020

Presseinformation

Thema:

Städtebund fordert Investitionsprogramm



Investitionsprogramm für Gemeinden

Bis zu zwei Milliarden Einnahmenrückgang: Der Österreichische Städtebund fordert vom Bund ein Investitionsprogramm für Gemeinden. Auch Bürgermeister Peter Koch sieht dringenden Handlungsbedarf.

Die Bewältigung der Corona-Krise stellt Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Um das Ausmaß der finanziellen Einschränkungen einschätzen zu können, haben der Österreichische Städtebund und das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung – die Auswirkungen analysiert und Prognosen erstellt. Eine erste Befragung unter Städten bestätigt: Die Krise ist ohne externe Hilfen nicht bewältigbar. Außerdem wurde eine Umfrage unter BürgermeisterInnen der Österreichischen Städte durchgeführt, deren Ergebnisse nun vorliegen.

Verluste vor allem bei Ertragsanteilen und Kommunalsteuer

Eine differenzierte Betrachtung nach Einnahmenbereichen zeigt große Differenzen v.a. bei den Prognosen zu den Ertragsanteilen der Gemeinden. Daneben zeigen sich jedoch auch Rückgänge in anderen Einnahmekategorien. Allen voran betrifft dies die Kommunalsteuer. Es zeigen sich jedoch auch Ausfälle oder Stundungsansuchen bei Gebühren oder Mieten. Hinzu kommt der Ausfall der Elternbeiträge im Kindergartenbereich. Die prognostizierten Einnahmenrückgänge werden viele Gemeinden in finanzielle Turbulenzen bringen, da der Überschuss aus der laufenden Gebarung gegen Null gehen könnte. Überschüsse für dringend notwendige Investitionen werden fehlen.

Der Brucker Bürgermeister Peter Koch bekräftigt die Forderung nach einem Förderungsprogramm für Gemeinden: *„Nach meinem offenen Brief 'Ruhig und gelassen in den Abgrund? – Ein Weckruf' vom 24. April 2020 hat sich die Lage der Städte und Gemeinden weiter verschärft. Nunmehr hat der Städtebund Österreich mit Präsident Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) und Vizepräsident Bürgermeister Markus Linhart (ÖVP) in einer Studie Einnahmeverluste in der Größenordnung von 0,9 bis 2 Milliarden Euro alleine für 2020 (!) errechnet. Dadurch kommen die Städte und Gemeinden und mit ihnen die regionale Wirtschaft, viele Arbeitsplätze und auch die gesamte soziale und kulturelle Infrastruktur in schwerste Bedrängnis. Um so bedrückender empfinde ich -und viele meiner KollegInnen jeglicher Couleur mit mir - das Fehlen von entgegen steuernden Maßnahmen. Verantwortung, Leistungen und Aufgaben werden sehr rasch nach unten weiter gereicht. Auf Unterstützung wird lange gewartet oder schlimmstenfalls verzichtet. So würde kein Bürgermeister und keine Bürgermeisterin handeln“,* meint Koch.